

# Trotz Arbeitsplatzes sind 31.000 Steirer arm



## 160.000

Steirer – fast jeder Siebte – fallen laut Landesstatistik in die Kategorie armutsgefährdet. 70.000 davon haben ein zu geringes Einkommen und können sich Heizung, Arzt etc. nicht leisten.

## 8900

Steirer in 4400 Haushalten bekommen derzeit die Mindestsicherung. Der Aufwand: 78 Millionen Euro. Die Wohnbeihilfe erhalten 32.000, das Land zahlt insgesamt 48,5 Millionen. Heizkostenzuschuss: 1,4 Millionen.

## 980

Euro netto oder weniger, dann fällt man unter den Begriff armutsgefährdet. Auch Haushalte, die jährlich auf weniger als 18.200 Euro kommen, wackeln. Zum Vergleich: Der Mittelwert liegt bei 29.200 Euro. Das „oberste Viertel“, so die Statistik, bedeutet mehr als 44.800 Euro.

Betroffen sind oft Frauen APA

Neuer Armutsbericht: Fast jeder siebte Steirer ist gefährdet. Vielfach werden schon Heiz- oder Arztkosten zum Problem.

THOMAS ROSSACHER

Die Einkommensverhältnisse und Lebensbedingungen in EU-Ländern werden alle zwei Jahre abgefragt. Die Steiermark ist mit einer Spezialauswertung dabei, die jüngste stellten Chefstatistiker Martin Mayer und Sozialreferent Siegfried Schrittwieser nun vor. Zeitlich nach dem Höhepunkt der Wirtschaftskrise und vor dem steirischen Sparbudget gelegen, lautet die gute Nachricht: Die Armut ist 2010 nicht explodiert, die Lage recht stabil. Das ändert aber nichts an den schlechten Nachrichten: 13,6 Prozent der steirischen Bevölkerung sind armutsgefährdet, müssen mit 980 Euro oder weniger im Monat auskommen. Das größte Risiko haben „ältere Frauen, alleinstehend, ohne Arbeitsplatz, maximal mit Pflichtschulabschluss“, skizziert Mayer. Nachsatz: „Für Nicht-Österreicher ist die Gefährdung um ein Vielfaches größer.“

### Arm trotz Arbeit

Freilich hat Armut viele Facetten: Die Gruppe der „working poor“, der arbeitenden Armen, macht in der Steiermark 31.000 Erwerbstätige aus. Trotz einer (Teilzeit-)Stelle

verdienen sie zu wenig, um halbwegs über die Runden zu kommen. Schwacher Trost, dass es rund 70.000 Steirern noch schlechter geht.

### Arm und krank

So oder so, alle müssen Abstriche machen: Laut Statistik können sich fast zwei Drittel der Armutsgefährdeten keinen Urlaub leisten, fast ebenso viele haben mit unerwarteten Ausgaben große Probleme. Zur Geldfrage wird auch, „die Wohnung angemessen warm zu halten oder ein notwendiger Arztbesuch“, listet Mayer auf. Mehr als jeder dritte Armutsgefährdete bezeichnet sich als „chronisch krank“, bei den Bessergestellten ist es „nur“ jeder vierte.

Außerdem ist ein Computer für 13 Prozent unerschwinglich, das Internet für 16 Prozent der Armutsgefährdeten zu teuer. Handy und Waschmaschine wollen sich Betroffene hingegen leisten können.

### Vermögen besteuern

Angesichts des Berichts fordert Schrittwieser erneut eine Vermögenssteuer. Der Mittelstand sei genug belastet. Auch möchte er Banken für die Schuldnerberatung gewinnen: „Sie sollen mitinvestieren, davon haben alle etwas.“ Die Beratungsstelle ist überlaufen.

„Wir wollen die Reichen ja nicht fressen, jedoch gibt es keine Alternative zu einer Vermögenssteuer.“

Siegfried Schrittwieser, SPÖ-Vize-Landeshauptmann und Sozialreferent



KLEINE ZEITUNG PRÄSENTIERT

www.kleinezeitung.at

28 Künstler - 4 Floors - 1 Berg

SAVE  
THE  
DATE

19 | 10 | 12

SCHLOSSBERG GRAZ

facebook.com/soundberggraz

## Land schließt Lehrlingshäuser

Auslastung, Größe passen nicht. 2013 steigen Tarife.

GRAZ. Ein Gutachten zu den 50 Internaten, Bildungs-, Lehrlings- und Jugendhäusern sowie einem Studentenheim besagt: Das Land soll Einrichtungen mit weniger als 100 Betten oder einer Auslastung unter 75 Prozent schließen. SPÖ-Bildungslandesrätin Elisabeth Grossmann folgt dem Expertenrat vorsichtig: Nach dem Aus für den Berufsschulstandort Aigen (Ennstal) schließt 2013 auch das Lehrlingshaus. Eingestellt wird ebenso der Betrieb im Jugendhaus Bad Aussee. Indes wird das Lehrlingshaus Fürstfeld in ein Jugendhaus verwandelt. Schloss Mühleck wird nicht ausgebaut, sondern das Studentenheim Billrothgasse (Graz) für ältere (Berufs-)Schüler geöffnet. An andere Heime angepasst werden die Tarife für land- und forstwirtschaftliche Schüler: für Kost und Logis 320 Euro im Monat.

THOMAS ROSSACHER

## Freispruch für Ex-Finanzreferentin

Trieben-Pleite: OGH hebt Ersturteil wieder auf.

TRIEBEN. Verurteilt wurde nach dem Finanzdebakel der Stadt Trieben nur eine Person: die damalige Finanzreferentin wegen Amtsmissbrauchs. Der Ex-Bürgermeister nahm sich das Leben, bevor es zur endgültigen Pleite kam. Jetzt hob der Oberste Gerichtshof (OGH) das Ersturteil von zehn Monaten bedingt wieder auf. Die Begründung: Die Kommunalpolitikerin hätte sich, ebenso wie etwa Minister, auf die

Arbeit der Beamten verlassen können müssen. Es gab keine Verpflichtung, deren Arbeit vertieft zu kontrollieren.

„Es geht hier um die gleiche Wählbarkeit von Personen, unabhängig von Wissens- oder Ausbildungsstand“, so Verteidiger Dieter Neger. Die erstinstanzliche Verhandlung sei darauf hinausgelaufen, dass man Profi sein müsse, um als Mandatar gewählt werden zu können.